

GRAZER

www.kpoe-graz.at

Stadtblatt



Ausgabe 10, November 2016 • Österreichische Post AG / Postentgelt bar bezahlt • RM 06A036682 • 8020 GRAZ

Regionalmedium der **KPO**



Hände weg von der Wohnbeihilfe

Bitte unterschreiben Sie!

Seite 4-5, 24

Tag der offenen Tür im VinziDorf. Das Vinzidorf gibt obdachlosen Personen in Graz eine Heimat. Die Bewohner und die ehrenamtlichen Mitarbeiter werden so angenommen, wie sie sind. Am Tag der offenen Tür gab es ein gemütliches Beisammensein der Bewohner mit vielen Gästen, darunter die Grazer KPÖ-Stadträtin Elke Kahr. Es spielten die Kirchbacher Neujahrsgeiger.



Foto: VinziWerke

Wir fordern:

▶ Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe!

▶ Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen!

KPO
Steiermark

Konzert mit
Willi Resetarits und
Ernst Molden

im Volkshaus Graz
Do. 1.12.2016
19:30 Uhr





Seiersberg-Pirka:

Ärztezentrum und Privatschule

Nach der Fusion der Gemeinden wurde das alte Gemeindeamt jetzt zu einem Ärztezentrum umgewandelt. Leider sind nicht alle Ärzte in diesem Zentrum auch Kassenärzte.

Unsere Gemeinde Seiersberg-Pirka ist sehr familienfreundlich.

Es gibt drei Kinderkrippen, sechs Kindergärten und zwei Volksschulen. Eine neue Privatschule für alle wird 2017/18 eröffnet und von der Gemeinde mit hohen Summen gefördert.

Hoffentlich bleiben die bestehenden öffentlichen Schulen dabei

nicht auf der Strecke. Wir haben dann dann zwar eine Schule, wo Kinder vom Kindergarten bis zur Matura in unser Gemeinde bleiben. Der Bereich neben der Volksschule wird zum Schulzentrum mit einer Privatschule öffentlichen Rechtes. Der Bürgermeister verkündet in der Gemeindezeitung: „Förderungen der Gemeinde von bis zu € 200,- bei einem Schulbetrag von monatlich € 250,- (12x im Jahr) sichern dabei den Zugang zur Privatschule Seiersberg-Pirka auch für Kinder aus einkommensschwächerem Umfeld.“

Das bedeutet: Eigentlich macht das Schulgeld pro Jahr 3000 Euro aus, für Kinder aus ärmeren Familien sind immer noch 600 Euro pro

Jahr zu bezahlen. Diese Summen sind eigentlich recht hoch. Hoffentlich bedeutet diese Entwicklung nicht, dass Kinder, die in die öffentliche Schule gehen, als Schüler zweiter Klasse angesehen werden.

Der Gemeinderat hat wieder die Verlängerung für die Förderung der Zone 101 beschlossen.

Maria Müller



„Was bitte schön hat die KPÖ gemacht, seit sie für die Wohnungen in Graz verantwortlich ist!“ (Bgm. Siegfried Nagl, ÖVP)

Das hat die Grazer KPÖ für MieterInnen gemacht, Herr Nagl:

Privatisierung der Gemeindewohnungen verhindert.

Kautionsfonds eingeführt.

564 neue Gemeindewohnungen gebaut.

MieterInnen-Notruf eingeführt.

Mietzinszahlung eingeführt: Kein Gemeindemieter zahlt mehr als ein Drittel seines Einkommens.

Ein **Bad** für jede Gemeindewohnung umgesetzt.

Keine Mieterhöhung in Gemeindewohnungen für 2015/2016 durchgesetzt.

544.000,- Euro Spenden von Wohnungsstadträtin Elke Kahr an den **Sozialfonds**.

Selbst festgelegte Polit-**Gehaltsobergrenze** von 1.900 Euro.



Elke Kahr

Ernest Kaltenegger

Wohnkosten steigen überdurchschnittlich

Die Wohnkosten sind der Hauptfaktor für die Teuerung in Österreich. Die „kalten“ Wohnkosten – sprich ohne Betriebs- oder Nebenkosten – machen in Österreich 34 Prozent des Nettoeinkommens aus. 2015 lagen die Ausgaben für Wohnen noch bei 29 Prozent der Einkommen.

Wobei auch da wieder große Unterschiede zwischen Ost und West bestehen: Im Burgenland zahlt man heuer durchschnittlich 19 Prozent seines Einkommens fürs Wohnen, in Tirol 43 Prozent.

KOMMENTAR

Hochmut und Fall

Einige Bürgermeister im „Speckgürtel“ rund um Graz haben jahrelang die Nase sehr hoch getragen und auf Kosten der Infrastruktur im Zentralraum gut gelebt. Hochmut kommt aber vor dem Fall. Das zeigt sich jetzt in mehr als einem Ort. Die Beispiele Gratkorn, Hart bei Graz und Frohnleiten beweisen, wie schnell man von einer Vorzeigegemeinde zu einem Ort werden kann, in dem für die Gemeindemitglieder „Gürtel enger schnallen“ angesagt ist.

Jetzt könnte es auch Seiersberg-Pirka treffen. Um den Betreibern der Shopping City jeden Wunsch zu erfüllen, hat man die Gesetze sehr weit gedehnt, so weit, dass es zu einem Erkenntnis des Höchstgerichtes gekommen ist, der alles in Frage stellt.

Jetzt ist Ehrlichkeit und Offenheit notwendig, um aus dem Dilemma herauszukommen. Die Hoffnung darauf, dass die „eigenen Leute“ in der Landesregierung alles reparieren würden, könnte sich nämlich als trügerisch herausstellen. Jetzt ist etwas anderes notwendig: Eine bessere Zusammenarbeit im Bezirk und mit der Landeshauptstadt Graz, die den Umlandgemeinden bisher einige Lasten abgenommen hat. Das könnte beiden Seiten nützen.

F. St. Parteder

Es reicht!
für alle



Steinbruch Schiffterkogel: Erfolg für die Bevölkerung

23 Jahre der Bemühungen und Anstrengungen einer Bürgerinitiative haben Erfolg gehabt. Einen Steinbruch am Schiffterkogel (Gemeinde Semriach) wird es nicht geben.

Die endgültige Gewissheit dafür konnte man erst im April 2016 haben. Der neue Flächenwidmungsplan, in dem das Gebiet als Freiland ausgewiesen wird, hatte bereits im Juli 2014 Rechtskraft erlangt. Die (überörtliche)

Raumplanungsbehörde des Landes Steiermark stellte der Gemeinde ihren Planungsentwurf im April zur Stellungnahme vor.

Die Rohstoffvorrangzone war dort – entgegen dem bereits behördlich genehmigten Flächen-

widmungsplan der Gemeinde – nur teilweise gelöscht worden. Bürgerinitiative und Gemeinde reagierten und forderten die vollständige Löschung. Die Planer des Landes korrigierten ohne weiteren Kommentar den Fehler. Nach Ablauf der Einspruchsfrist erlangt die Verordnung mit 16.07.2016 Rechtskraft.

Anne Rieger, KPÖ-Bezirks-

rätin im angrenzenden Grazer Stadtbezirk Andritz, gratulierte der Bürgerinitiative.

Die KPÖ hatte durchgesetzt, dass sich der Bezirksrat Andritz einstimmig aufgrund der zu erwartenden Umwelt- und Verkehrsbelastung gegen die Errichtung eines neuen Steinbruchs am Schiffterkogel/Eichberg im Norden von Graz ausgesprochen hatte.

Stübingtal: Steinbruchprojekt geht weiter

Im Stübingtal war der Protest gegen einen geplanten Steinbruch bisher nicht erfolgreich. Nachdem eine Umweltverträglichkeitsprüfung vom Land im Jänner abgelehnt wurde, ist auch der Bundesverwaltungsgerichtshof dieser Stellungnahme gefolgt.

Dabei hatte sich der Landtag bereits im Jahr 2015 gegen dieses umweltgefährdende Projekt ausgesprochen. Eine Gefährdung des Wasserwerkes Friesach und

damit des Grazer Trinkwassers ist nämlich nicht auszuschließen. Es ist sehr fragwürdig, eine naturschutzrechtliche Bewilligung für den Steinbruch zu erteilen, obwohl das Projektgebiet im Regionalen Entwicklungsprogramm (REPRO) für die Planungsregion Graz/Graz-Umgebung nicht als Rohstoffvorrangzone ausgewiesen ist und somit kein überwiegendes öffentliches Interesse am Rohstoffabbau belegbar ist.

Der italienische Ökonom Fabrizio Lazzarato schreibt, dass Schulden sowohl auf der Ebene der Staaten als auch der Individuen das geeignetste Mittel zur Disziplinierung sind. Wir haben alle Schulden, deshalb kann man uns kontrollieren. Ich glaube nicht, dass die Mächtigen tatsächlich ihr Geld zurückbekommen wollen. Sie wollen vielmehr, dass wir verschuldet bleiben, so wird unser Schuldgefühl perpetuiert. Der jugoslawische Kommunist Slavoj Žižek im profil.

Arbeiten Sie mit!

Der Gewerkschaftliche Linksblock ist die KPÖ-nahe Gewerkschafts- und Arbeiterkammerfraktion. Er setzt sich auf allen Ebenen gegen Verschlechterungen ein. Wir spielen aber nicht die Handlanger für die Regierungsparteien.

Um gegen Ungerechtigkeiten und Verschlechterungen in weiteren Betrieben ankämpfen zu können, suchen wir Menschen, die bereit sind, sich bei uns zu engagieren.

**Kontaktdaten: 0677/ 612 538 99
oder glb@glb-steiermark.at**

So arbeitet die Grazer KPÖ:

Die Grazer KPÖ-Vizebürgermeisterin **Elke Kahr** bekommt monatlich 12.610 €, behält sich davon aber nur **1.900 Euro**. Mit dem übrigen Geld hat sie in den letzten zehn Jahren ca. 5.600 GrazerInnen in Notlagen mit **544.417,45 €** unterstützt.



So "arbeitet" die FPÖ:



Ursula Stenzel, nicht-amtsführende Wiener FPÖ-Stadträtin:

Bezeichnet ihr monatliches Gehalt von **8.700 €** als **"Peanuts"**.

Will Mindestsicherung für die Ärmsten **"massiv kürzen"**.



GRATKORN:

Postfiliale vor dem Aus

Die Postfiliale in Gratkorn steht vor dem Aus. Auch wenn hier die politische Handhabe ohnehin nicht allzu groß sein dürfte, ist es doch ein Thema, das bewegt. Schließlich hat Gratkorn ohnehin ein Problem mit der Infrastruktur und der Verlust der Postfiliale stellt für Viele, vor allem in der Mobilität eingeschränkte Personen ein Problem dar.

Der nächste Postpartner befindet sich in Gratwein im Nah und Frisch Markt und bis dorthin ist es schon ein Stück. Der Bus fährt zwar morgens und abends recht oft, tagsüber ist die Frequenz eher bescheiden.

Auch Postkästen werden immer mehr abmontiert.



Wenig günstiger Wohnraum

Der Ausverkauf der Gemeindegewohnungen in Gratkorn hat negative Auswirkungen für die Menschen. Er hat nämlich dazu beigetragen, dass günstiger Wohnraum in der Gemeinde nur sehr schwer zu bekommen ist, da die meisten Wohnungen zur Leykam gehören und diese nicht unbedingt günstig sind.

Kein Kinderarzt

Gratkorn wirbt zwar damit, eine familienfreundliche Gemeinde zu sein, aber auf der anderen Seite gibt es weit und breit keinen Kinderarzt. Man muss also entweder nach Graz fahren, was mit Aufwand, Kosten und Stress verbunden ist, oder nach Frohnleiten, wobei die einzige dortige Kinderärztin auch nur eine Privatärztin ist.

Laßnitzhöhe: Weniger Beton

Laßnitzhöhe hat sich vom Luftkurort mit dem Flair der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert sehr weit weg entwickelt. Das wirkt sich nicht immer positiv auf das Ortsbild aus. Etwas weniger Beton und etwas mehr Rücksicht auf die historisch gewachsene Villenlandschaft wäre besser gewesen.

Wander- und Sportinteressierte

erfreuen sich weiter an der schönen Landschaft. Der Tagestourismus hat Konjunktur. Viele Menschen ziehen auch von Graz ins Umland.

Die Zersiedelung bringt aber vor allem zu den Stoßzeiten ausge dehnte Staus mit sich. Dabei ist das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln sehr gut.

Laut Gemeindeinformation hat sich der Bürgermeister zwar um einen Erhalt der Postfiliale bemüht, aber außer einer Unterschriftenliste und einem Brief an die Post ist nicht viel geschehen.

VERKEHRSVERBUND: Die Kernzone erweitern!

Vor der letzten Gemeinderatswahl war viel die Rede davon, sich dafür einzusetzen, dass Gratkorn und Gratwein in die Zone 101, also die Grazer Zone, beim öffentlichen Verkehr eingegliedert werden sollen. Aber seither ist da nichts mehr angesprochen worden, gerade für Gratwein, das ja mit Judendorf zur Großgemeinde fusionierte gibt es die kuriose Situation, dass die Zonengrenze jetzt mitten durch

die Gemeinde verläuft. Das betrifft auch Gössendorf.

Die Zuzahlungsmodelle der einzelnen Gemeinden können die Situation für Pendlerinnen und Pendler zwar entschärfen, sie sind aber keine langfristige Lösung. Phillip Reininger, KPÖ-Sprecher in Gratwein-Straßengel: „Die vollmundigen Versprechen, sich dafür „einzusetzen“ waren leider nur Wahlversprechen.“



Regionales Verkehrskonzept Graz und Graz Umgebung: es ist zu hoffen, dass es auch bei den Tarifen zu Verbesserungen kommt

Nachmittagsbetreuung: Probleme

Seit das Land die Kostenübernahme für bedürftige Familien und Alleinerzieher beendet hat sind die Beiträge wieder selbst zu entrichten. Zwar hat die Gemeinde Gratkorn Zuschüsse eingerichtet, aber dennoch ist es für viele Familien, gerade wenn die Einkommen niedrig sind, schwer die Betreuung zu finanzieren.

Zudem eignet sich die Nachmittagsbetreuung, die ja für alle Schulkinder da sein sollte, kaum

für Kinder der Neuen Mittelschule (NMS), da die Lernräume viel zu klein und unruhig sind. Eine eigene Nachmittagsbetreuung an der NMS ist nicht vorhanden und wird wohl auch allzu schnell nicht eingerichtet werden, wenn überhaupt. Dadurch sind vor allem Kinder, die nicht in den Familien betreut werden können, weil die Eltern berufstätig sind und keine verwandschaftlichen Unterstützungsmöglichkeiten da sind, oft sich selbst überlassen.

Schulden- schnitt für Gemeinden!

Jahrzehntlang hat die Landesregierung den Gemeinden Schulden aufgebürdet.

Die KPÖ meint: Nur eine florierende öffentliche Wirtschaft kann wieder Arbeit schaffen und zum Wohl der Menschen da sein.

Schulden streichen!

Was wir statt Kürzungen und Belastungen tatsächlich brauchen, ist ein Schuldenschnitt bei den öffentlichen Haushalten. Das käme der Bevölkerung direkt zugute und würde öffentliche Aufträge ermöglichen, die Arbeitsplätze schaffen und die Kaufkraft erhöhen.

Während soziale Transferleistungen seit Jahren nicht wertangepasst oder sogar verschlechtert wurden, gibt es bei der Parteienförderung eine automatische Wertanpassung der Fördergelder.

Petitionen an den Landtag Steiermark sind an folgende Adresse zu richten:

Direktion Landtag Steiermark
Herrengasse 16
8010 Graz-Landhaus
Tel. +43 316 877-6309
Fax +43 316 877-2198
E-Mail:
direktion@landtag.steiermark.at
www.landtag.steiermark.at/

Breitenau: Schule zu, Bus weg

Nach der Schließung der Neuen Mittelschule/NMS Breitenau haben die betroffenen Schülerinnen und Schüler mit einem großen Problem zu kämpfen. All jene Kinder, welche nicht nach Bruck ins Gymnasium fahren, besuchen die NMS in Frohnleiten.

Es geht um rund 40 Schülerinnen und Schüler, welche den ohnehin beschwerlichen Schulweg – Fahrtzeiten in eine Richtung

von rund 45 Minuten – auf sich nehmen müssen. Seit 3. November wurde nun auch noch die Buslinie 100, welche bislang die Kinder von Mixnitz nach Frohnleiten brachte, nicht mehr über Mixnitz geführt.

Die Schülerinnen und Schüler müssen nun mit der S-Bahn nach Frohnleiten fahren, was die Situation zusätzlich verschlechtert. Die KPÖ nahm sich der Thematik an und stellte eine schriftliche Anfrage an die zuständige Landesrätin Ursula Lackner (SPÖ). Darin fordern die Abgeordneten der

KPÖ, Werner Murgg und Claudia Klimt-Weithaler, die Landesrätin auf, sich für eine bessere Verkehrsverbindung nach Frohnleiten einzusetzen und konkret eine Busverbindung einzurichten, welche sich an den Schulzeiten der NMS Frohnleiten orientiert.

LAbg. Werner Murgg: „Zuerst wird die Schule gesperrt, und dann ist nicht einmal der Transport der Schülerinnen und Schüler ordentlich organisiert. Beim Land weiß offenbar die linke Hand nicht was die rechte tut.“

Landhaus sperrt das Volk aus

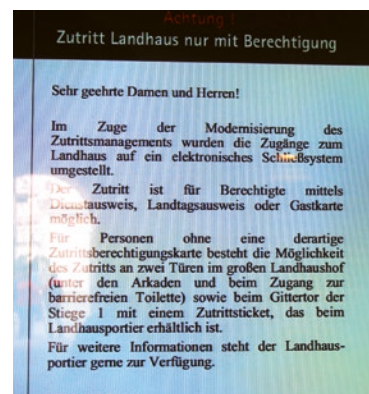
Das Landhaus war für die steirische Bevölkerung bisher ein offenes Haus.

Seit kurzem bleiben die Menschen aber ausgesperrt: Als „Modernisierung“ bezeichnet die Direktion die Einführung eines elektronischen Systems, das Gäste nur mehr mit einem Berechtigungscodex einlässt. Bei Landtagssitzungen mussten sich Besucherinnen und Besucher schon früher ausweisen. Jetzt werden die Menschen aber unter Generalverdacht gestellt. Die KPÖ hat als einzige Partei da-

gegen protestiert. Wovor fürchten sich die Erfinder solcher Maßnahmen?

Ein offenes Ohr für die Anliegender Bevölkerung

Wenn Sie ein Anliegen an „die Politik“ haben: Für Besucherinnen und Besucher der KPÖ steht das Landhaus nach wie vor offen. Wenn Sie eine Petition an den Landtag oder die Landesregierung richten wollen unterstützen wir sie gerne ohne irgendwelche bürokratischen Hürden aufzustel-



len. Ein Leitfaden für die richtige Einbringung einer Petition ist auf der Homepage der KPÖ Steiermark zu finden.

Ein Leben für die Firma – Zurück in den 12-Studententag?



Die Katze ist aus dem Sack! Ein Entwurf der Teilgewerkschaft PRO-GE zur Flexibilisierung der Arbeitszeit liegt vor, ein sogenanntes Zeitkontenmodell. Darin sind unter anderen folgende Möglichkeiten vorgesehen:

- Verlängerung des Arbeitstages,
- Minuszeiten bis zu 120 Stunden,
- Entfall der Zeit-Zuschläge bis zu 60. Stunde im Monat, dafür bei mehr als 60 bis zu 100 Stunden 10 % Zuschlag,
- Verkomplizieren der Aufzeichnung von Plus- und Minusstunden auf drei verschiedenen Zeitkonten.

Die Zustimmung überträgt die PRO-GE den Betriebsrätinnen und Betriebsräten.

Ich meine: Die von Generationen erkämpften gewerkschaftlichen Errungenschaften gehen langsam den Bach runter.

KPÖ-GLB Arbeiterkammerrat Gerhard Simbürger

facebook.com/jungwelt | twitter.com/jungwelt

**Sie lügen
wie gedruckt.
Wir drucken,
wie sie lügen.**

die **THESISCHE**
junge Welt

**Achtung,
fertig, los!**

**Jetzt zwei Wochen
gratis lesen**

www.jungwelt.de/probeabo-oesterreich
Bestellungen auch unter: 00 49/30/53 63 55-50

Wohnen darf nicht arm machen

Hände weg von der Wohnbeihilfe



Mit 1. September haben SPÖ und ÖVP die Wohnbeihilfe in der Steiermark abgeschafft. Sie wurde durch die viel schlechtere „Wohnunterstützung“ ersetzt.

Mit der neuen Regelung werden sich viele Leute ihre Wohnung nicht mehr leisten können: arbeitende Menschen, Familien, Studierende, Pensionistinnen und Pensionisten.

Nun werden Familienbeihilfe und Unterhaltszahlungen als Einkommen gewertet. Das ist ein sozialpolitischer Tabubruch. Erstmals wird Geld, das für die Kinder gedacht ist, für die Berechnung der Unterstützung herangezogen. Neu ist auch, dass niemand eine Wohnunterstützung bekommt, dessen Vermögen den Betrag von 4.189 Euro überschreitet. Viele Menschen haben einen Notgroschen angelegt, wer gespart hat wird nun bestraft. Das sind nur einige der neuen Verschlechterungen. 2009 hat das Land Steiermark noch 73,4 Millionen Euro für die Wohnbeihilfe ausgegeben. 2014 waren es nur noch 46,3 Millionen. 2011 wurde der Zuschuss für die Betriebskosten halbiert. Die neue Wohnungssicherung ist ein weiteres brutales Kürzungspaket auf dem Rücken der Menschen, die ohnehin mit wenig Geld auskommen müssen.

Wohnen ist ein Menschenrecht. Die Steiermark braucht Wohnungen, die sich die Menschen leisten können. Solange es keine billigen Wohnungen gibt, braucht es eine ausreichende Wohnbeihilfe.

Wir fordern:

- **Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe**
- **Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen**



Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift